

Ungleichheitsbarometer – Ungleichheit und soziale Mobilität

Autor:innen

Marius R. Busemeyer

Felix Jäger

Sharon Baute

Auf dem Abstellgleis? Zum Zusammenhang zwischen Ungleichheitswahrnehmungen und politischer Beteiligung

Abstract

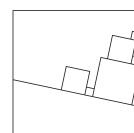
Das vorliegende Policy Paper befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen Wahrnehmungen politischer Selbstwirksamkeit und ökonomischer Ungleichheit. Die aktuellen Daten des Konstanzer Ungleichheitsbarometers zeigen, dass viele Menschen ihre Einflussmöglichkeiten auf die Politik und auch die Responsivität der Politik gegenüber ihren Bedürfnissen als gering einschätzen: sie sehen sich damit quasi auf dem politischen Abstellgleis. In der Untersuchung werden des Weiteren klare statistische Zusammenhänge zwischen den Wahrnehmungen der politischen Selbstwirksamkeit und der Wahrnehmung von ökonomischer Ungleichheit deutlich. Wir schließen mit konkreten Handlungsempfehlungen, wie politische Partizipation (wieder) gestärkt werden könnte.



Weitere Policy Papers des Clusters

„The Politics of Inequality“

→ <https://www.exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/forschung/publikationen/policy-papers/>



Zur Umfrage

Die hier präsentierten Daten wurden im Rahmen einer Online-Befragung der über-18-jährigen Wohnbevölkerung in Deutschland durch die Umfragefirma Verian (ehemals Kantar) erhoben. Die Erhebung fand zwischen dem 11. November und 5. Dezember 2024 statt. Insgesamt nahmen 6.152 Befragte teil. Die Daten sind quasi repräsentativ; verbleibende Abweichungen werden durch Gewichtung ausgeglichen. Wenn in der Befragung von Einkommen gesprochen wird, beziehen wir uns auf das Netto-Einkommen von Haushalten in Deutschland, zu dem Lohn/Gehalt, Rente/Pension, Kindergeld und andere Einkünfte zählen, jeweils nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Die Befragten wurden in der Umfrage über diese Definitionen informiert. Für die Analyse nach Einkommen wurden die Befragten entlang des Medianeinkommens in der Stichprobe (2.800 €) in zwei Gruppen unterteilt: „niedrig“ und „hoch“. Das Bildungsniveau wird dreistufig basierend auf dem Schulabschluss gemessen:

- „Untere Bildung“ entspricht dem Hauptschulabschluss, keinem Abschluss oder einem sonstigen Abschluss,
- „Mittlere Bildung“ entspricht der Mittleren Reife/dem Realschulabschluss und
- „Hohe Bildung“ entspricht dem Abitur.

Einleitung

Auch wenn im Bundestagswahlkampf Themen wie Migration und die aktuelle Wirtschaftslage im Vordergrund standen, bleibt für viele Menschen in Deutschland die soziale Ungleichheit eines der wichtigsten politischen Themen dieser Zeit. Nicht zuletzt auch deswegen, weil Ungleichheit als Querschnittsthema viele Politikbereiche – von Sozialstaat über Bildung bis hin zur Flüchtlingspolitik – berührt. Das Konstanzer Ungleichheitsbarometer erfasst in regelmäßigen Befragungen seit 2020 die individuellen Wahrnehmungen und Einstellungen der deutschen Wohnbevölkerung zum Thema Ungleichheit (siehe Infobox). Dieses Policy Paper stellt erste Ergebnisse der jüngsten Befragungswelle, die im Herbst 2024 durchgeführt wurde, vor. Thematisch konzentrieren wir uns auf den Zusammenhang zwischen Wahrnehmungen von Ungleichheit und politischen Beteiligungs- und Einstellungsmustern. Der Kernbefund unserer Analyse ist, dass sich ökonomische und politische Ungleichheit wechselseitig beeinflussen, sodass eine hohe (wahrgenommene) ökonomische Ungleichheit mit einer stärker negativen Einschätzung der Möglichkeiten der eigenen politischen Einflussnahme einhergeht. Langfristig kann dieser Zusammenhang zu einer Erosion des Vertrauens in die Demokratie und ihre politischen Institutionen führen.

Subjektive Wahrnehmungen politischer und ökonomischer Ungleichheit

Während frühere Forschungsarbeiten vor allem den Einfluss von objektiven Faktoren wie Einkommen, Bildungshintergrund, Alter, Geschlecht oder Beruf auf politische Einstellungen und Verhalten untersuchten, deutet die jüngere Forschung auf die Relevanz von subjektiven Wahrnehmungen hin.¹ Subjektive Wahrnehmungen sind ein wichtiger Filtermechanismus, der objektive Lagen subjektiv übersetzt. Sie haben einen maßgeblichen Einfluss auf das politische Wahlverhalten und die Einstellungen zum Sozialstaat über die objektiven Faktoren hinaus.

Die Forschung hat außerdem gezeigt, dass subjektive Wahrnehmungen von Ungleichheit häufig verzerrt sind und die objektive Lage daher nur bedingt widerspiegeln.² Auch das Konstanzer Ungleichheitsbarometer hat diese systematischen Verzerrungen nachweisen können.³ Ein Beispiel für eine solche verzerrte Wahrnehmung ist der Befund eines ausgeprägten Mittelklasse-Bias in dem Sinne, dass sich relativ reiche Menschen tendenziell für weniger reich halten als sie es objektiv sind – und relative Arme für weniger arm. Wenn es um die Einschätzung von Ungleichheitstrends auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene geht, zeigten frühere Untersuchungen auf Basis von Daten des Konstanzer Ungleichheitsbarometers allerdings, dass die Befragten solche Trends tendenziell zu negativ bzw. zu stark einschätzen.⁴

In diesem Policy Paper stehen zunächst subjektive Wahrnehmungen zu politischen Einflussmöglichkeiten im Vordergrund, die in der jetzigen Befragungswelle des Ungleichheitsbarometers ausführlicher erfasst wurden als in früheren Wellen. Die Politikwissenschaft unterscheidet hierbei zwischen den beiden Dimensionen der internen politischen Selbstwirksamkeit (internal political efficacy) und der

¹ Beispiele sind: Hartmann, Jörg, Karin Kurz und Holger Lengfeld. 2022. „Modernization Losers' Revenge? Income Mobility and Support for Right- and Left-Wing Populist Parties in Germany.“ *European Sociological Review* 38(1): 138-52; Burgoon, Brian, Sharon Baute and Sam van Noort. 2023. „Positional Deprivation and Support for Redistribution and Social Insurance in Europe.“ *Comparative Political Studies* 56(5):655-93.

² Bobzien, Licia. 2020. „Polarized Perceptions, Polarized Preferences? Understanding the Relationship between Inequality and Preferences for Redistribution.“ *Journal of European Social Policy* 30(2):206-20; Cruces, Guillermo, Ricardo Perez-Truglia and Martin Tetaz. 2013. „Biased Perceptions of Income Distribution and Preferences for Redistribution: Evidence from a Survey Experiment.“ *Journal of Public Economics* 98:100-12; Gimpelson, Vladimir and Daniel Treisman. 2018. „Misperceiving Inequality.“ *Economics & Politics* 30(1):27-54.

³ Bellani, Luna, Nona R. Bledow, Marius R. Busemeyer and Guido Schwerdt. 2021. „When Everyone Thinks They're Middle-Class: (Mis-)Perceptions of Inequality and Why They Matter for Social Policy.“ Cluster of Excellence „The Politics of Inequality“ Policy Paper No 6.

⁴ Busemeyer, Marius R., Nanna Lauritz Schönhage, Sharon Baute, Luna Bellani and Guido Schwerdt. 2023. „Gloomy prospects: The Konstanz Inequality Barometer shows that inequality is perceived to have increased.“ Cluster of Excellence „The Politics of Inequality“ Policy Paper No 12.

externen politischen Selbstwirksamkeit (external political efficacy).^{5, 6} Wahrnehmungen der internen Selbstwirksamkeit betreffen die Identität des Einzelnen als politisch informierter und damit prinzipiell politisch handlungsfähiger Mensch. Es geht hier beispielsweise darum, ob Menschen sich gut informiert über politische Zusammenhänge fühlen und wie zuversichtlich sie sind, sich aktiv in politische Diskussionen einbringen zu können. Bei der externen Selbstwirksamkeit geht es im Gegensatz dazu um die Einschätzung zur Frage, inwiefern die Politik und politische Akteure die Bedürfnisse und Belange ihrer Wähler:innen aufgreifen und ob damit Möglichkeiten der effektiven Einflussnahme auf tatsächliche politische Entscheidungsprozesse gegeben sind. Beide Dimensionen hängen nur bedingt zusammen: Es ist durchaus möglich, dass sich Individuen selbst als prinzipiell politikfähig einschätzen und dennoch eine geringe Responsivität des politischen Systems gegenüber ihren Belangen wahrnehmen.

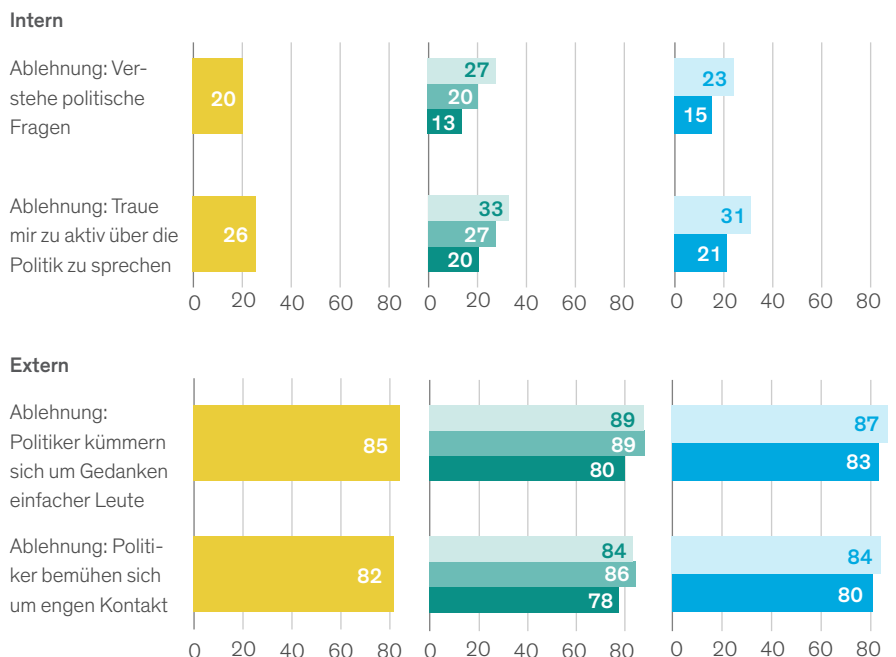
Die in Abbildung 1 dargestellten Ergebnisse bestätigen die Vermutung, dass interne und externe Selbstwirksamkeit nicht gleichgelagert sein müssen. Die Abbildung zeigt jeweils den Anteil der Befragten im Konstanzer Ungleichheitsbarometer, die der auf der linken Seite stehenden Aussage „gar nicht“ oder „wenig“ zustimmen. Die Befragten können allen Aussagen auf einer 5-stufigen Skala von „gar nicht“ bis „voll und ganz“ zustimmen. Die Abbildung zeigt damit den Grad der Ablehnung der betreffenden Aussagen. Die ersten beiden Aussagen messen die interne politische Wirksamkeit. Generell haben die allermeisten Befragten eine hohe Wahrnehmung von politischer Selbstwirksamkeit: Nur 19 Prozent stimmen der ersten Aussage nicht zu, dass sie wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen können. Bei der zweiten Aussage zur aktiven Beteiligung an einem Gespräch über politische Fragen stimmen 26 Prozent nicht zu. Die beiden unteren Aussagen messen die wahrgenommene externe politische Selbstwirksamkeit, also inwiefern das politische System auf Wünsche und Bedürfnisse der Wähler:innen reagiert. Hier ist die Skepsis deutlich höher: 85 Prozent geben an, dass Politiker:innen sich nicht darum kümmern, was „einfache Leute“ denken, während 82 Prozent der Meinung sind, dass sich Politiker:innen nicht um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen.

⁵ Zur Definition und Unterscheidung von interner und externer Selbstwirksamkeit siehe: Balch, G. I. (1974). Multiple Indicators in Survey Research: The Concept "Sense of Political Efficacy." Political Methodology, 1(2), 1–43.

⁶ Zur Messung der beiden Dimensionen siehe: Beierlein, C., Kemper, C., Kovaleva, A., & Rammstedt, B. (2012). Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussserwartungen: Political Efficacy Kurzskala (PEKS).

Abbildung 1: Ablehnung verschiedener Aussagen, die interne und externe politische Wirksamkeit messen, in Prozent.

- Alle
- Nach Bildung
 - Niedrig
 - Mittel
 - Hoch
- Nach Einkommen
 - Niedrig
 - Hoch



Diese Abbildung spiegelt damit die sehr ausgeprägte Skepsis der Befragten hinsichtlich ihrer Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungsprozesse wider – und das, obwohl die internen Selbstwirksamkeitswahrnehmungen relativ hoch sind. Des Weiteren wird deutlich, dass starke Unterschiede zwischen den Selbstwirksamkeitswahrnehmungen vorhanden sind, die mit dem individuellen Bildungshintergrund (mittlere Spalte) und Einkommen (rechte Spalte) zusammenhängen. Menschen aus unteren Einkommensschichten und mit geringerer Bildung nehmen systematisch weniger persönliche Einflussmöglichkeiten auf die Politik wahr und sind weniger zuversichtlich, sich selbst aktiv in politische Debatten einbringen zu können. So beträgt der Unterschied zwischen Menschen mit hoher und niedriger Bildung bei der Frage zur aktiven Beteiligung in politischen Diskussionen 13 Prozentpunkte. Auch bei der externen Selbstwirksamkeit gibt es große Unterschiede: So liegt beispielsweise der Unterschied zwischen Hoch- und Niedrig-Gebildeten bei der Frage nach dem Kümern der Politiker:innen um die Belange „einfacher Leute“ bei 9 Prozentpunkten. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass und wie die ökonomische und politische Dimension von Ungleichheit zusammenhängen.

Wie genau aber hängen ökonomische und politische Wahrnehmungen von Ungleichheit zusammen? Wie in früheren Befragungswellen erfasst das Ungleichheitsbarometer weiterhin subjektive Wahrnehmungen zur Ausprägung der ökonomischen Ungleichheit. Abbildung 2 gibt einen Überblick über verschiedene Messungen dieser Wahrnehmungen aus der letzten Befragungswelle. Im Gegensatz zur obigen Abbildung ist hier der Anteil der Befragten abgebildet, der der jeweiligen Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmt. Es bestätigt sich auch hier der vorherige Befund, dass ein großer Teil der Befragten eine ausgeprägte ökonomische Ungleichheit in Deutschland wahrnimmt und diese als problematisch erachtet. So sind beispielsweise 81 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Einkommensunterschiede in Deutschland zu groß sind. Dabei werden sowohl die Einkommen der Armen (67 Prozent) als auch die Einkommen der Mittelschicht (70 Prozent) als zu niedrig angesehen.

Abbildung 2: Verschiedene Messinstrumente zur Messung der Wahrnehmung ökonomischer Ungleichheit

- Einkommensunterschiede sind zu groß
- Meisten Deutschen würde es besser gehen, wenn Einkommensunterschiede geringer wären
- Mir persönlich würde es besser gehen, wenn Einkommensunterschiede geringer wären
- Einkommen der Armen niedriger, als sie sein sollten
- Einkommen der Mittelschicht niedriger, als sie sein sollten

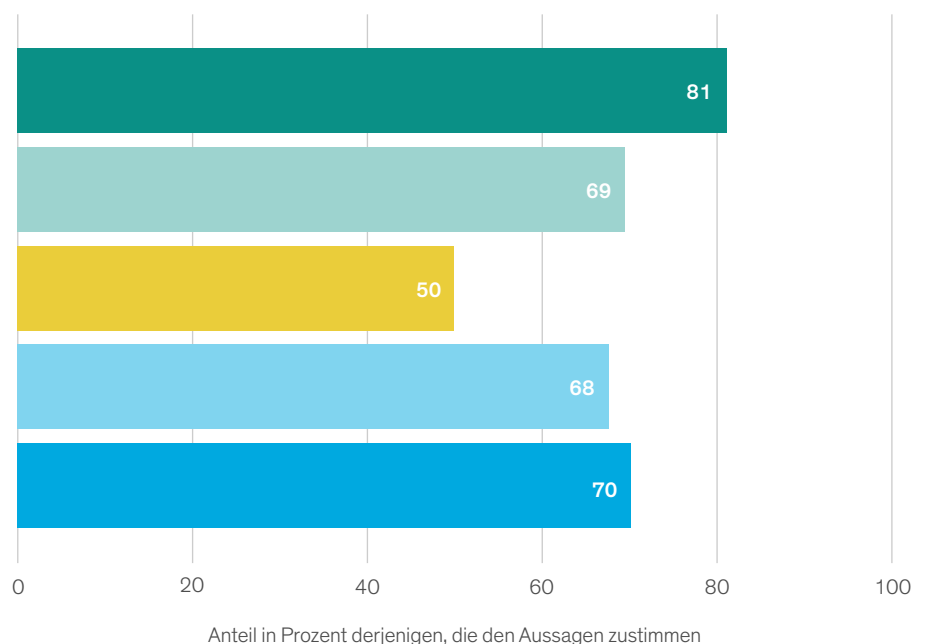


Abbildung 3: Interne und externe politische Selbstwirksamkeit im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von ökonomischer Ungleichheit, gemessen anhand der Aussage „Die Einkommensunterschiede in Deutschland sind zu groß“

- Einkommensunterschiede zu groß
- Einkommensunterschiede nicht zu groß

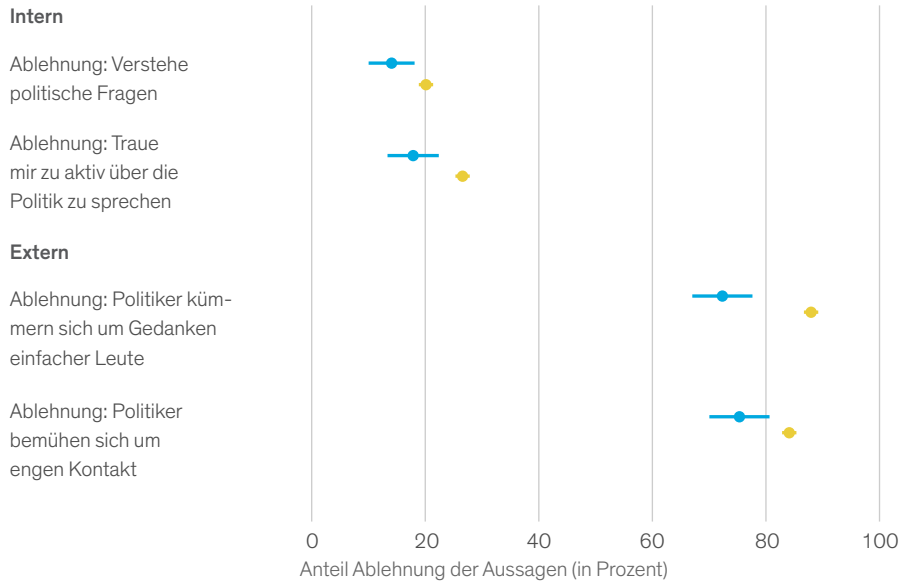


Abbildung 3 zeigt, dass es einen systematisch und statistisch nachweisbaren Zusammenhang zwischen diesen beiden Dimensionen von Ungleichheit gibt. Diejenigen, die der Aussage zustimmen, dass die Einkommensunterschiede zu groß sind, haben signifikant stärkere negative Einschätzungen hinsichtlich ihrer internen und externen politischen Selbstwirksamkeit. Das heißt, dass Menschen, die ein hohes Maß an Ungleichheit wahrnehmen, zugleich weniger zuversichtlich sind, dass sie daran durch ihr politisches Handeln etwas verändern können.

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen Wahrnehmung und Bewertung von Ungleichheit, gemessen mit einem Index, und politischer Selbstwirksamkeit

- Index Verteilungsunterschiede zu groß
- Index Verteilungsunterschiede nicht zu groß

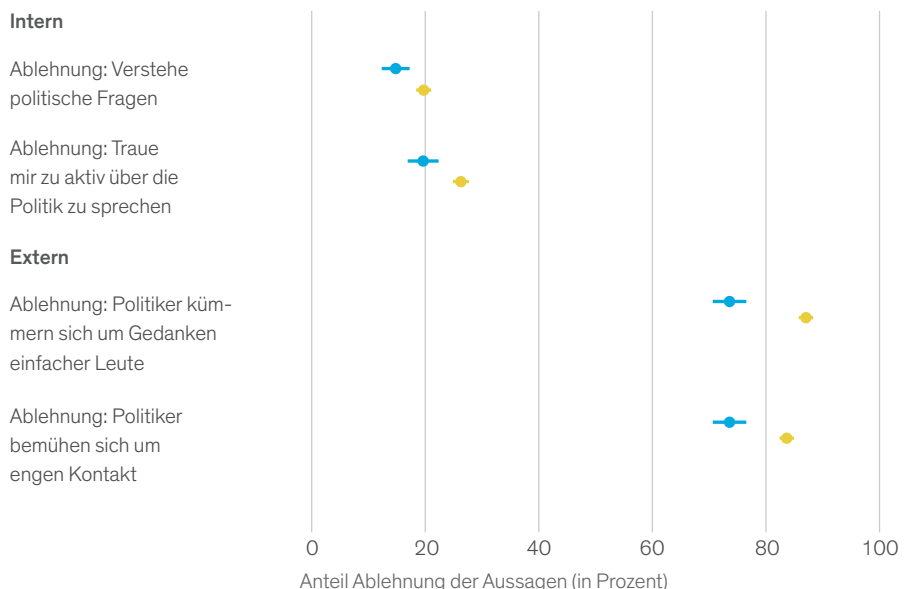


Abbildung 4 zeigt diesen Zusammenhang nochmals in etwas veränderter Form. Statt eines einzelnen Items aus der Befragung verwenden wir hier einen Index zur Wahrnehmung von Verteilungsungleichheit, der sich aus den oben erwähnten einzelnen Messinstrumenten zusammensetzt.⁷ Dieser etwas breitere Zugang zur Messung von Ungleichheitswahrnehmungen bestätigt den negativen Zusammenhang sowohl für die interne als auch die externe politische Selbstwirksamkeit. Insofern bestätigt sich der Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen ökonomischen Ungleichheit und der Wahrnehmung der Selbstwirksamkeit auch mit einem breiteren Messinstrument.

⁷ Zur Bildung des Index wird für jeden Befragten der Mittelwert der Zustimmung zu den fünf gezeigten Messinstrumenten von Ungleichheit errechnet. Die Skala wird in der Mitte geteilt, um die Aussagen der Befragten als „Verteilungsunterschiede zu groß“ oder „Verteilungsunterschiede nicht zu groß“ einzuordnen.

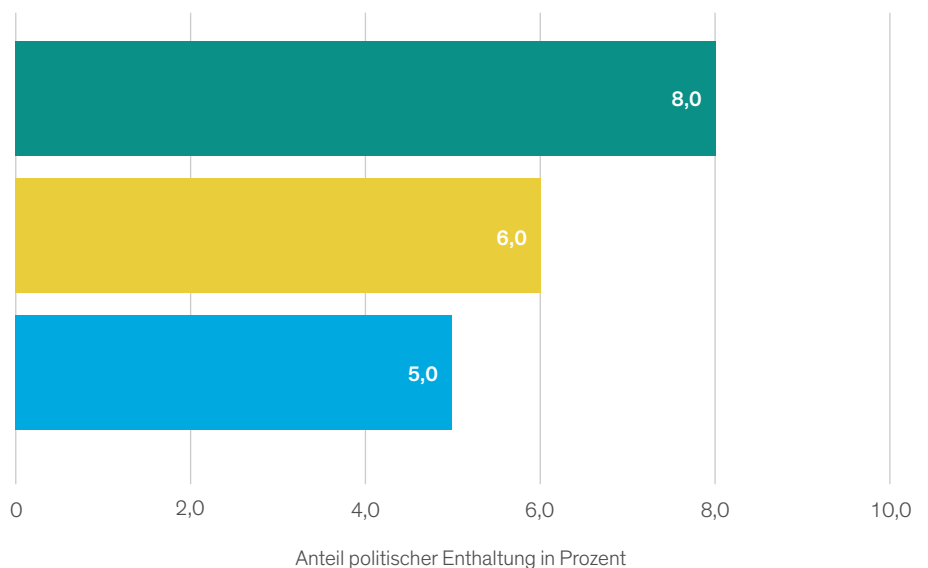
Ökonomische Ungleichheit und tatsächliches politisches Verhalten

Es ist ein bekannter Befund der Forschung zu Wahlverhalten, dass individuelle Ressourcen wie Einkommen oder Bildung stark mit dem Ausmaß politischer Beteiligung korrelieren.⁸ Die Tatsache, dass sich Menschen mit geringer Bildung und geringem Einkommen weniger politisch beteiligen, verschärft die negative Wechselwirkung zwischen ökonomischer und politischer Ungleichheit. Aber welche Rolle könnten subjektive Wahrnehmungen von Ungleichheit in diesem Zusammenhang spielen?

Abbildung 5 zeigt einen gewissen Zusammenhang zwischen subjektiven Wahrnehmungen der ökonomischen Ungleichheit und konkreten Absichten zu politischem Verhalten: in diesem Fall die Wahrscheinlichkeit, sich nicht an Wahlen zu beteiligen.⁹ Der Zusammenhang ist – im statistischen Sinne – allerdings weniger stark als die oben dokumentierte Assoziation zwischen den verschiedenen Wahrnehmungsarten. Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass Menschen, die ein höheres Maß an ökonomischer Ungleichheit wahrnehmen, sich tendenziell weniger politisch beteiligen. Der Grund ist vermutlich, dass sie die Möglichkeit der eigenen Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse ebenfalls negativ beurteilen.

Abbildung 5: Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung von zu großen Einkommensunterschieden und Präferenz der politischen Enthaltung (angegeben in der Sonntagsfrage).

- Stimme zu
- Teils, teils
- Stimme nicht zu



In einem weiteren Schritt untersuchen wir den Zusammenhang zwischen Wahrnehmungen der politischen Selbstwirksamkeit und parteipolitischen Wahlabsichten bzw. der fehlenden politischen Beteiligung. Abbildung 6 zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen fehlender interner wie auch externer politischer Wirksamkeit und einer höheren Wahrscheinlichkeit, nicht wählen zu wollen. Dies bedeutet, dass die subjektive Wahrnehmung der politischen Selbstwirksamkeit in einem sehr starken Zusammenhang mit dem tatsächlichen politischen Verhalten steht und somit reale politische Konsequenzen hat.

⁸ Brady, Henry E., Sidney Verba and Kay Lehman Schlozman. 1995. „A Resource Model of Political Participation.“ *American Political Science Review* 89(2):271-94.

⁹ Nicht-Wahl ist im Rahmen der Frage nach Parteipräferenz (Sonntagsfrage) erhoben. Neben den bekanntesten Parteien konnten Befragte angeben, dass sie nicht wählen gehen würden.

Abbildung 6: Zusammenhang zwischen Präferenz für eine Partei oder Nicht-Wahl und interner/externer politischer Selbstwirksamkeit

- Politische Enthaltung
- Präferenz für eine Partei

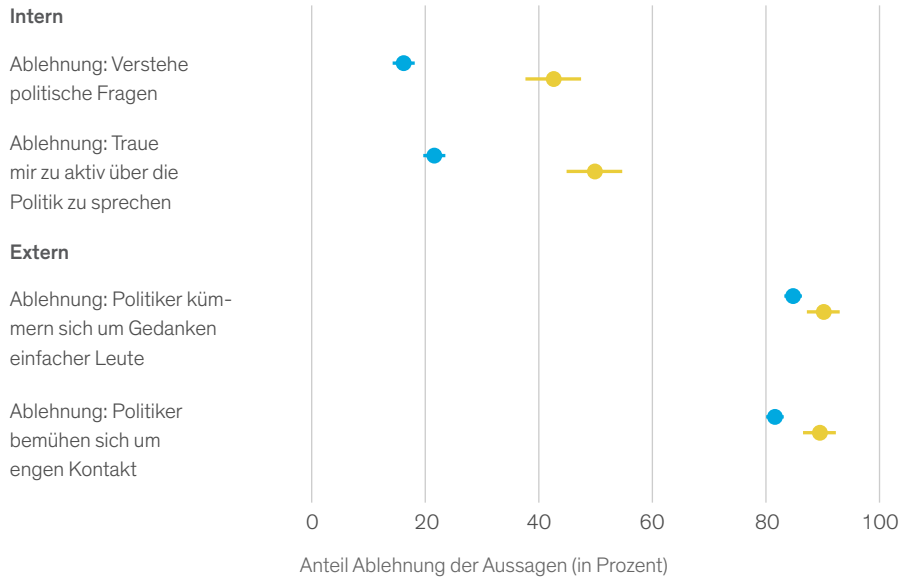
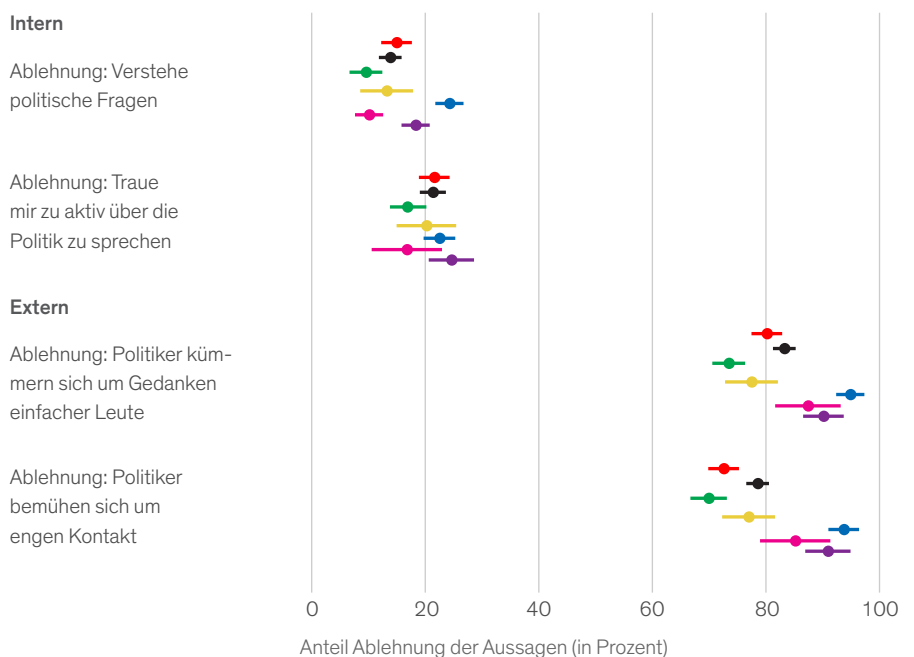


Abbildung 7 stellt die Relation zwischen wahrgenommener politischer Selbstwirksamkeit und parteipolitischer Wahlabsicht dar. Die Abbildung zeigt, dass die Ablehnung der Aussagen zur internen politischen Wirksamkeit über die Parteien hinweg ähnlich ausfällt. Lediglich Personen mit Wahlabsicht „AfD“ geben etwas häufiger an, politische Fragen nicht zu verstehen (24 Prozent).

Für die externe politische Selbstwirksamkeit zeigt sich eine breitere Verteilung der Ablehnung der beiden Aussagen. Personen mit Wahlpräferenz im ideologischen Zentrum (SPD, CDU/CSU, Grüne, FDP) lehnen die beiden Aussagen zu einem geringeren Anteil ab als Personen mit Parteipräferenz am Rande des ideologischen Spektrums (AfD, BSW, Linke). Die größte externe politische Wirksamkeit findet sich bei Anhänger:innen der Grünen, welche die Aussagen zu 74 Prozent bzw. 70 Prozent ablehnen. Im Gegensatz dazu weisen Personen mit Wahlpräferenz für die AfD zu sehr großen Anteilen keine externe politische Wirksamkeit auf (95 Prozent bzw. 94 Prozent). Hier zeigt sich ein sehr klarer Zusammenhang: Diejenigen, die überzeugt sind, wenig Einfluss auf die Politik zu haben, unterstützen signifikant stärker populistische und/oder extreme Parteien.

Abbildung 7: Relation zwischen wahrgenommener politischer Selbstwirksamkeit und parteipolitischer Wahlabsicht

- SPD
- CDU/CSU
- Grüne
- FDP
- AfD
- Linke
- BSW



Policy-Implikationen & Handlungsempfehlungen

Dieses Policy Paper befasste sich mit dem Zusammenhang zwischen Wahrnehmungen politischer Selbstwirksamkeit und ökonomischer Ungleichheit. Welche Implikationen und Handlungsempfehlungen ergeben sich daraus für die Politik?

- 1.** Eine erste Handlungsempfehlung bezieht sich auf die politische Kommunikation. Gewählte Abgeordnete sind als berufliche Kommunikationsprofis im regelmäßigen Austausch mit ihren Wähler:innen. Trotz dieser Bemühungen wird Politik oftmals als geschlossene Veranstaltung erlebt, die es vor allem für Menschen mit geringeren ökonomischen oder bildungsbezogenen Ressourcen schwer macht, einen Zugang zu finden. Hier sind über die Berufspolitiker:innen hinaus daher vor allem die Parteien gefragt, politisch interessierte Menschen nicht nur anzusprechen, sondern auch effektiv in Mitbestimmungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden. Die im Zusammenhang mit der jüngsten Bundestagswahl zu verzeichnenden starken Mitgliederzuwächse bei einigen Parteien sowie die hohe Wahlbeteiligung deuten darauf hin, dass es durchaus eine gewisse Bereitschaft in der Bevölkerung gibt, sich stärker politisch einzubringen.
- 2.** Eine zweite, daran anschließende Handlungsempfehlung ist, bewusst Frei- und Ermöglichungsräume für demokratische politische Debatten in Alltagskontexten (in Betrieben, Schulen, Universitäten etc.) zu sichern und zu erweitern. Wenn sich politische Debatten auf Talkshows mit prominenten Gästen und Kanzlerkandidat:innen-Duelle im Fernsehen verengen und beschränken, ist es wenig verwunderlich, dass die wahrgenommene politische Selbstwirksamkeit der Menschen leidet. Das demokratische Streiten um gute Lösungen muss wieder stärker in den realweltlichen Alltagspraktiken verankert werden. Dies kann zum Beispiel durch die Förderung und den Ausbau von demokratischen Mitbestimmungsinstitutionen in Behörden, Betrieben und Bildungseinrichtungen geschehen.
- 3.** Eine dritte Handlungsempfehlung ist die Ausweitung der politischen Bildung, insbesondere zur Stärkung von Personen mit geringer interner politischer Wirksamkeit, da sich diese Personengruppe auch seltener an Wahlen beteiligt. Um diese Personen gezielt zu erreichen, könnte ein spezifisches politisches Bildungsangebot hilfreich sein. Politische Bildung spielt generell eine zentrale Rolle bei der Stärkung demokratischen Bewusstseins und könnte hier als wirksames Instrument eingesetzt werden.

Autoren



Marius R. Busemeyer

Marius R. Busemeyer ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politische Ökonomie am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wohlfahrtsstaatenforschung, Bildungs- und Sozialpolitik sowie öffentliche Meinung und individuelle Einstellungen zum Sozialstaat.



Felix Jäger

Felix Jäger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Das Ungleichheitsbarometer“ am Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz. In seiner Forschung untersucht er die Einstellungen von Bürger:innen, hauptsächlich mithilfe (experimenteller) Umfrageforschung.



Sharon Baute

Sharon Baute ist Juniorprofessorin für Vergleichende Sozialpolitik am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft sowie Principal Investigator am Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Sozialpolitik, europäische Integration und internationale Solidarität.

Universität Konstanz
Exzellenzcluster
„The Politics of Inequality“
Universitätsstraße 10
78464 Konstanz
T +49 7531 88-5772
cluster.inequality@uni-konstanz.de

Vorstand: Marius R. Busemeyer,
Claudia Diehl, Gabriele Spilker
Geschäftsführung: Thomas Wöhler

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder
vergleichbare Verwendung ist nur mit
vorheriger schriftlicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.

© Cluster of Excellence
„The Politics of Inequality, Perceptions,
Participation and Policies“

Das Progressive Zentrum e. V.

V. i. S. d. P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e. V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin
T +49 30 400 542 55
mail@progressives-zentrum.org

Vorstand: Wolfgang Schroeder,
Judith Siller, Joachim Knodt,
Katarina Niewiedzial, Michael Miebach
Geschäftsführung:
Dominic Schwickert, Paulina Fröhlich

Lektorat: Das Progressive Zentrum

Redaktion: Annalena Kampermann,
Maria Menzel-Meyer

Bilder (S. 9):
Ines Janas

Gestaltung & Layout:
yella park



Weitere Policy Papers des Clusters
„The Politics of Inequality“
→ [https://www.exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/
forschung/publikationen/policy-papers/](https://www.exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/forschung/publikationen/policy-papers/)

Impressum

The Politics of Inequality Perceptions, Participation and Policies

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, der weltweite Aufstieg von Populist:innen, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel, ungerecht verteilte Bildungschancen – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

– inequality.uni.kn

 [The Politics of Inequality](https://www.linkedin.com/company/the-politics-of-inequality)

 [@excinequality](https://www.instagram.com/excinequality)

 [@excinequality.bsky.social](https://twitter.com/excinequality.bsky.social)

Gefördert durch:

 Deutsche
Forschungsgemeinschaft
EXC-2035/1-390681379

Das Progressive Zentrum

ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteur:innen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge Vordenker:innen und Entscheidungsträger:innen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „Zukunft der Demokratie“, „Strukturwandel“ sowie „Internationale Beziehungen“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

– progressives-zentrum.org

 [Das Progressive Zentrum](https://www.linkedin.com/company/das-progressive-zentrum)

 [@dpzberlin.bsky.social](https://twitter.com/dpzberlin.bsky.social)